



PRESSEKONFERENZ

**„Endlich handeln statt raunzen!“ –
OÖ Mindestsicherungsgesetz gibt der Stadt
Linz seit Monaten Handlungsspielraum beim
Thema Integration.“**

**SPÖ-Kurswechsel bei Mindestsicherung am Prüfstand –
ÖVP-Dringlichkeitsantrag am Donnerstag im Gemeinderat**

- **Vize-Bürgermeister Bernhard Baier**
- **Klubobmann Martin Hajart**

Dienstag, 28. November

Presseclub, Ursulinenhof/ Saal C

Mindestsicherung: Warum handelt die Linzer SPÖ nicht schon längst?

➤ **OÖ Mindestsicherungsgesetz würde bereits jetzt genügend Handlungsspielraum für die Stadt Linz bieten**

Jahre lang hat die Linzer SPÖ die Augen vor der Realität beim Thema Integration verschlossen und Scheuklappen-Politik betrieben. Unter dem Motto: Nur nicht hinsehen, wo die wahren gesellschaftlichen Probleme im urbanen Bereich sind.

Jetzt wo man es nun schwarz auf weiß hat, dass erstmals mehr als 50 Prozent der Mindestsicherungsbezieher Asylberechtigte und Drittstaatsangehörige sind (drittes Quartal 2017), stellt SPÖ-Bürgermeister Klaus Luger einen Kurswechsel beim Thema Mindestsicherung in den Raum. *„Seit Jahren weisen wir nicht nur auf die schwierige Integrations-Situation in der Landeshauptstadt hin, sondern haben auch konsequent versucht, durch Gemeinderatsinitiativen eine Verbesserung zu erzielen“*, kommentiert **Vize-Bürgermeister Bernhard Baier** die aktuellen Entwicklungen. Die Bürgermeisterpartei habe die ÖVP-Vorstöße für ein besseres Zusammenleben wie etwa Linz zur Pilotstadt im Integrationsbereich zu machen, Integrationserklärungen nach Grazer Vorbild einzuführen oder die Aufforderung zur Optimierung der städtischen Integrationsarbeit in Linz stets abgelehnt.

„Wie ernst Bürgermeister Lugers Richtungsschwenk ist, wird sich am Donnerstag im Gemeinderat zeigen“, sagt **Baier**. Schließlich werde die ÖVP dort einen Dringlichkeitsantrag mit folgenden 2 Stoßrichtungen einbringen:

1. Konkret soll ein Modell für die Umsetzung der in § 11a (4) des Oö. Mindestsicherungsgesetz ermöglichten Regelung vorgelegt werden, das kommunale Dienstleistungen, Angebote und Ermäßigungen der Stadt Linz an die Abgabe einer Integrationserklärung bindet. Die dadurch erzielten Einsparungen durch Nicht-Integrationswillige sollen jenen Migranten zugutekommen, die sich vorbildlich integrieren.
2. Zudem soll im städtischen Sozialausschuss dargelegt werden, inwieweit jetzt schon im Rahmen der Mindestsicherung Sach- statt Geldleistungen zur Verfügung gestellt werden und wie man diese Zielsetzung noch verstärken kann.

„Ich lade Bürgermeister Luger zu einer zielgerichteten Integrationspolitik ein“, so **Baier**. Man werde sehen, ob wirklich ein Sinneswandel stattgefunden habe oder nur populistische Ankündigungspolitik betrieben wurde. Man brauche nicht wie von der SPÖ angekündigt ein neues Instrument zur Integrationspolitik, sondern könne bereits jetzt jederzeit handeln, der Spielraum dazu wäre von Seiten des Landes gegeben.

Schließlich sehe die am 16.6.2016 ins Leben gerufene Mindestsicherungs-Novelle des Landes OÖ bereits jetzt für Bezirksverwaltungsbehörden wie die Stadt Linz vor, diese Maßnahmen im Vollzug umzusetzen. **So sieht etwa § 11a Abs. 4 Oö. Mindestsicherungsgesetz zum Thema Integration vor: „Die Leistungen der Gemeinden im Rahmen der Integration können von der Abgabe der Integrationserklärung abhängig gemacht werden.“**

Auch der verstärkte Einsatz von Sach- statt Geldleistungen ist bereits jetzt möglich und aus Sicht der ÖVP jedenfalls sinnvoll.

SPÖ-Zustimmung zu ÖVP-Dringlichkeitsantrag wäre Bekenntnis zu zielgerichteter Integrationspolitik für Linz und Problemeinsicht

Mit der Zustimmung zum ÖVP-Dringlichkeitsantrag am Donnerstag im Gemeinderat kann Bürgermeister Luger beweisen, dass er beim Thema Integration in Linz die Ärmel aufkrepeln, umgehend handeln und bereits bestehende kommunalen Möglichkeiten auszuschöpfen will. Der kontinuierlich steigende Ausländeranteil in Linz stellt die Politik im Integrations- und Sozialbereich jedenfalls vor große Herausforderungen. Seitens der Oberösterreichischen Landespolitik hat man darauf, beispielsweise in Bezug auf die Mindestsicherung, reagiert. So hat der Oberösterreichische Landtag mit der Novelle des Mindestsicherungsgesetzes u.a. folgende Schwerpunkte beschlossen:

- Die Einführung differenzierter Leistungen der Mindestsicherung für Fremde, deren Aufenthaltsstatus im Inland nicht endgültig faktisch und rechtlich dauerhaft ist (Asylberechtigte auf Zeit gemäß § 3 Abs. 4 Asylgesetz 2005) sowie für sogenannte subsidiär Schutzberechtigte.
- Die Ausweitung bzw. stärkere Betonung der Bemühungspflichten der Hilfsbedürftigen um die erforderliche Integration, mit dem Ziel eines im öffentlichen Interesse gelegenen geordneten und positiven Zusammenlebens in der Gesellschaft sowie die Schaffung der dafür notwendigen Rahmenregelungen für eine Integrationserklärung.

Mit der Unterzeichnung der Integrationserklärung verpflichten sich die Asyl- bzw. subsidiär Schutzberechtigten beispielsweise zur positiven Absolvierung der Wertekurse bzw. dem Erwerb von Deutschkenntnissen. **Wird die Integrationserklärung trotz nachweislicher vorheriger Ermahnung durch die Behörde nicht eingehalten, ist die Mindestsicherung stufenweise zu kürzen.**

Dies soll seitens der Stadt Linz nun dadurch ergänzt werden, dass – wie laut § 11a Abs. 4 Oö. Mindestsicherungsgesetz möglich – weitere Leistungen der Stadt Linz im Rahmen der Integration von der Abgabe der Integrationserklärung abhängig gemacht werden. Andererseits kann bzw. soll noch stärker auf Sachleistungen statt Geldleistungen gesetzt werden.

Warum ein neues Integrationswerkzeug? Rotes Integrations-Modell „LIFE“ ist überholt!

➤ OÖ Mindestsicherungsgesetz regelt bereits jetzt genau diese Forderungen

Statt der Mindestsicherung hatte die Linzer SPÖ vergangene Woche ja vorgeschlagen, ein eigenes Integrationsinstrument namens „LIFE1“ zu entwickeln: Diese soll unter anderem die individuelle Absicherung der Grundbedürfnisse beinhalten, Sachleistungen sollen vor Geldleistungen gehen. Die Integrationsfortschritte sollen geprüft werden, konkrete Vereinbarungen über die zu erbringenden Integrationsleistungen soll es geben, verpflichtender Spracherwerb dabei eine Grundvoraussetzung sein.

„All diese Forderungen sind bereits im Oö. Mindestsicherungsgesetz verankert bzw. auf Grundlage dieses, ist es für Bezirksverwaltungsbehörden jederzeit möglich, entsprechende Maßnahmen im Vollzug umzusetzen“, wundert sich **Baier**. Entweder haben sich Luger und seine Integrationsstadträtin mit dem bereits bestehenden Integrationsinstrument zu wenig auseinandergesetzt oder man wolle ausschließlich parteitaktisch motivierte Ankündigungspolitik betreiben, ohne den eigenen Handlungsspielraum auszunutzen.

Weitere ÖVP-Anträge in der Gemeinderatssitzung am Donnerstag:

➤ Dringlichkeitsantrag Aktenaffäre

In der Sonder-Sitzung des Stadtsenats am 16.11. wurde vom städtischen Rechtsanwalt bestätigt: Die Dokumente des „eigenen Wirkungsbereichs“ der Stadt können an den Gemeinderat herausgegeben werden. Genau das haben ÖVP, GRÜNE und NEOS bereits im letzten Gemeinderat beantragt. Daher fordern die drei Fraktionen nun per neuerlichem Dringlichkeitsantrag – die Unterlagen sowie ein rasches und unbürokratisches Vorgehen in der Causa.

➤ **Transparente Mittelfristige Finanzplanung**

Einmal mehr pocht die ÖVP Linz auf mehr Finanz-Transparenz. Konkret geht es darum, dass der zuständige Finanzreferent und Bürgermeister einen aufgeschlüsselten Gesamtüberblick über die Entwicklung der eigenen und außerbudgetären Schulden, Zinsen, Investitionen und Zahlungsströme zwischen der Stadt und ihrer Tochtergesellschaften rechtzeitig vor dem Budgetgemeinderat am 14. Dezember den Gemeinderatsmitgliedern übermitteln soll.

➤ **Mehr Bewegung in Kinderbetreuungseinrichtungen**

Die ÖVP Linz setzt auf einen altersgerechten Bewegungsschwerpunkt in Kinderbetreuungseinrichtungen, mit dem Ziel, das Risiko für Übergewicht bei Kindern nachhaltig zu senken. Denn eine aktuelle WHO-Studie bringt alarmierende Österreich-Zahlen ans Tageslicht: Demnach ist beinahe jeder dritte Drittklässler in Österreich übergewichtig oder sogar adipös. Geprüft werden soll auch, warum sich in Linz nur zwei private, aber kein städtischer Kindergarten an dem Landes-Projekt „Gesunder Kindergarten“ beteiligen.

➤ **Verkehrs-Hotspot Untere Donaulände**

Appell an Verkehrsreferent Hein, das künstliche Nadelöhr im Bereich Lentos und Steakhouse zu entschärfen. Es sollen Verkehrsströme effizienter geleitet werden, um so zur Verkehrsentlastung in der staugeplagten Stadt Linz beizutragen. Zudem soll ein sichereres Queren der Unteren Donaulände im Kreuzungsbereich zur Rechten Donaustraße für Fußgänger und Radfahrer ermöglicht werden.

➤ **Vollständiger Kostenersatz Abschaffung Pflegeregress**

Die ÖVP bringt (auf Initiative von Seniorensprecher GR Josef Hackl) geschlossen mit allen anderen Fraktionen im Linzer Gemeinderat eine Resolution an den Bund ein. Wir begrüßen die Abschaffung des Pflegeregresses. Der Stadt fehlen dadurch aber künftig Einnahmen von bis zu 10 Millionen Euro. Deshalb braucht es einen vollen Kostenersatz vom Bund.

➤ **Mehr Fußgängersicherheit durch Mini-Kreisverkehr im Stockhofviertel**

Weil es immer wieder zu gefährlichen Situationen zwischen Fußgängern und Kraftfahrzeugen kommt, setzt sich die ÖVP Linz für die Erhöhung der Verkehrssicherheit im Kreuzungsbereich Karl-Wiser-Straße mit der Stockhof- sowie der Coulinstraße ein. Insbesondere Kinder und Jugendliche sind auf Grund der sich in unmittelbarer Nähe befindlichen Kinderbetreuungseinrichtungen und Schulen von den Gefahrenstellen betroffen. Denkbar wäre dort ein Mini-Kreisverkehr.